

probeweise in der Provinz Guangdong eingeführt, im Jahre 2000 in vier weiteren Provinzen, nämlich in Jilin, Shanxi, Jiangsu und Zhejiang. In diesem Jahr kamen 18 weitere Provinzeinheiten dazu. Ab 2002 werden auch die restlichen 13 Provinzen, nämlich Beijing, Hebei, Shandong, Jiangxi, Guangxi, Chongqing, Yunnan, Guizhou, Tibet, Gansu, Ningxia, Xinjiang und Qinghai das neue Schema praktizieren. Damit wäre ein wesentlicher Schritt der Hochschulreform landesweit getan. Dieser Reformschritt hat sich in den drei Jahren seiner probeweisen Einführung bereits in mehrfacher Hinsicht positiv ausgewirkt. So haben sich die Auffassungen vom Mittelschulunterricht, die Unterrichtsformen und die Bewertung der Prüfungsergebnisse gewandelt. Die persönlichen Neigungen und Begabungen der Mittelschulabsolventen werden bei der Vergabe der Studienplätze stärker berücksichtigt.

Doch die Prüfungsreform geht weiter, und zwar geht die Tendenz weg von den landesweit einheitlichen Prüfungen hin zu einer stärkeren Beteiligung der jeweiligen Provinz, deren eigene Bedürfnisse jetzt mehr Berücksichtigung finden sollen. Auch diese Reform wird zunächst nur probeweise in einer Provinzeinheit angeschoben, und zwar werden in dem Autonomen Gebiet Guangxi ab dem nächsten Jahr die Prüfungen getrennt nach Grund- und Fachstudium durchgeführt. Im Anschluss an die Aufnahmeprüfung für ein Grundstudium werden dort dann Prüfungen für das Fachstudium durchgeführt, wobei die Prüfungsaufgaben probeweise von Guangxi selbst gestellt werden. (Vgl. RMRB, 30.9.01, S.2) -st-

13 Online-Studium

Das Online-Studium findet in China immer größere Verbreitung. Seit seiner Einführung im Jahre 1999 hat das Bildungsministerium insgesamt 45 Hochschulen die Genehmigung erteilt, probeweise diese moderne Form des Fernstudiums durchzuführen. Das Online-Studium ist in allen 31 Provinzeinheiten möglich und wird derzeit von 400.000 Personen wahrgenommen. Gerade in einem Land wie China mit seiner immer noch relativ

beschränkten Zahl an Studienplätzen bietet das Online-Studium viele Vorteile. Menschen, die sonst keine Gelegenheit zu einem Hochschulstudium hätten, können in großer Zahl studieren; zudem kann das Online-Studium auf vielfältige Weise Fort- und Weiterbildung im Sinne des von der Regierung propagierten Ziels des lebenslangen Lernens anbieten. Schon jetzt gibt es rund 300 verschiedene Kurse, die man im Netz belegen kann.

Zurzeit gibt es vier Stufen von Studien und Abschlüssen:

1. Weiterbildungskurse für Postgraduierte. Teilnehmer solcher Kurse müssen mindestens einen Abschluss in einem Grundstudium an einer regulären Hochschule oder einer Erwachsenenhochschule haben. Wenn sie genügend Punkte haben und die Abschlussarbeit geschrieben haben, können sie sich um den entsprechenden akademischen Grad bewerben.
2. Studienmöglichkeit für Leute, die ein Fachstudium an einer Fachhochschule absolviert haben und nun ein Grundstudium absolvieren wollen. Sie brauchen einen anerkannten Fachhochschulabschluss. Es gibt keine Altersbeschränkung. Die Bewerber müssen sich allerdings einer von der Hochschule organisierten Aufnahmeprüfung unterziehen; wenn sie eine bestimmte Punktzahl erreicht haben, können sie aufgenommen werden. Bei entsprechenden Leistungen erhalten sie ein staatlich anerkanntes Diplom für das absolvierte Grundstudium, ggf. auch einen akademischen Grad.
3. Studienmöglichkeit für Absolventen der Mittelschuloberstufe, die ein Grundstudium antreten wollen. Normalerweise müssen Abiturienten an den regulären nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen ihres Jahrgangs teilnehmen und erhalten dann aufgrund ihres Abschneidens einen Studienplatz. Jetzt können auch Absolventen einer allgemeinbildenden Mittelschuloberstufe oder einer Fachmittelschule, bei denen das Abitur schon zurückliegt, studieren, wenn sie die von der Hochschule organisierte einheitliche Aufnahmeprüfung bestanden haben.

Bei entsprechenden Leistungen können sie einen staatlich anerkannten Hochschulabschluss für ein Grundstudium und ggf. auch einen akademischen Grad erwerben.

4. Die unter 3. beschriebene Studienmöglichkeit gilt auch für ein reguläres Fachstudium. (GMRB, 6.9.01, A4)

Der Vorteil der Online-Universität ist, dass auch Leute, die die nationalen Aufnahmeprüfungen nicht bestanden bzw. keinen Studienplatz erhalten haben, eine Chance bekommen, doch noch zu studieren. Wichtig ist auch, dass die an ihr erworbenen Qualifikationen staatlich anerkannt und somit den Abschlüssen regulärer Hochschulen gleichgestellt sind. -st-

Außenwirtschaft

14 WTO-Mitgliedsländer stimmen Aufnahme Chinas zu

15 Jahre nachdem China einen Antrag auf Mitgliedschaft in der WTO (damals noch GATT) gestellt hat, einigten sich die Vertreter der Mitgliedsländer am 17. September 2001 darauf, Chinas Aufnahmesuch zuzustimmen. Die auf der 18. Sitzung der Arbeitsgruppe China bei der WTO getroffene Entscheidung ist die Voraussetzung dafür, dass China auf der kommenden vierten WTO-Ministerkonferenz in Doha, Qatar, als neues Mitglied beitreten kann. Auf der Ministerkonferenz, die vom 9. bis 13. November 2001 stattfinden wird, werden die Beitrittsdokumente geprüft und genehmigt. Das von den chinesischen Vertretern unterzeichnete Beitrittsprotokoll wird dann an den Nationalen Volkskongress zur Ratifizierung weitergeleitet. Die ratifizierten Dokumente gehen anschließend an die WTO zurück, und die formale Aufnahme erfolgt nach 30 Tagen. Dementsprechend ist mit dem Abschluss des Aufnahmeprozesses Anfang 2002 zu rechnen.

Im nunmehr vorliegenden Aufnahmeprotokoll hat sich China bereit erklärt, bestimmte Verpflichtungen zur Öff-

nung und Liberalisierung seines Regimes einzugehen, um sich stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren und eine besser vorhersehbare Umgebung für Handel und ausländische Investitionen in Übereinstimmung mit den WTO-Regeln zu schaffen. China hat sich u.a. verpflichtet,

- allen WTO-Mitgliedsländern die Meistbegünstigung einzuräumen und sie nicht im Handelsbereich gegenüber Unternehmen in China zu diskriminieren;
- die Praxis des dualen Preissystems abzuschaffen und von einer unterschiedlichen Behandlung von Gütern, die für den Verkauf in China bestimmt sind, und von Exportgütern abzusehen;
- keine Preiskontrollen für den Schutz der inländischen Industrien oder Dienstleistungsunternehmen einzusetzen;
- das WTO-Abkommen wirkungsvoll und in einheitlicher Weise zu implementieren, in dem die bestehenden inländischen Gesetze und neu verabschiedete Bestimmungen an das WTO-Abkommen angepasst werden;
- innerhalb von drei Jahren nach dem Beitritt allen Unternehmen das Recht zum Import und Export von Gütern mit wenigen Ausnahmen einzuräumen, und
- keine Exportsubventionen für Agrarprodukte aufrechtzuerhalten oder einzuführen.

Das staatliche Handelsmonopol wird auf wenige Produkte wie Getreide, Tabak, Brennstoffe und Mineralstoffe beschränkt; weiterhin werden bestimmte Restriktionen beim Transport und bei der Distribution von Gütern innerhalb Chinas bestehen bleiben. Viele der Beschränkungen ausländischen Unternehmen gegenüber werden dagegen innerhalb einer dreijährigen Übergangsphase entweder völlig oder weitgehend abgeschafft. Für den Schutz des geistigen Eigentums wird China das TRIPS-Abkommen (Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights) vom Datum des Beitritts an implementieren.

Innerhalb einer Periode von 12 Jahren vom Datum des Beitritts an wird eine spezielle vorübergehende Schutzklausel aufrechterhalten werden für den Fall, dass Importe mit China als Ursprungsland für die inländischen Hersteller in den anderen WTO-Mitgliedsländern eine Marktstörung hervorrufen. Andererseits sollen Verbote, mengenmäßige Beschränkungen oder andere Maßnahmen gegenüber Importen aus China, die nicht in Übereinstimmung mit dem WTO-Abkommen stehen, auslaufen oder mit diesen Restriktionen in einer Weise umgegangen werden, wie sie nach gemeinsamer Übereinkunft und nach einem bestimmten Zeitplan im Anhang des Beitrittsprotokolls spezifiziert wurden.

Im Einzelnen gelten folgende Vereinbarungen:

1) GÜTERHANDEL

China wird schrittweise Handelsbarrieren abbauen und den Marktzutritt verbessern. Das durchschnittliche Zollniveau wird auf 15% für Agrarprodukte gesenkt werden. Die Zölle für diese Produktgruppe rangieren zwischen 0 bis 65%, wobei für Getreideprodukte die höchsten Zollsätze gelten werden. Für Industriegüter besteht ein durchschnittlicher Zollsatz von 8,9%; die Zölle liegen dabei zwischen 0 bis 47%. Die höchsten Zollsätze gelten für Filme (Fotokameras), Fahrzeuge und damit verbundene Produkte. Einige Zölle werden völlig abgeschafft, andere dagegen bis zum Jahre 2004 reduziert, allerdings gilt die Zollsenkung für alle Produkte spätestens bis zum Jahre 2010.

Textilien: Mit der Aufnahme in die WTO wird China Mitglied des Abkommens über den Handel von Textilien und Bekleidung und unterliegt damit den Rechten und Pflichten dieses Abkommens. Wie für alle Mitgliedsländer der WTO gilt auch für China, dass die Textilquoten Ende Dezember 2004 auslaufen. Allerdings wird es eine Schutzklausel bis Ende 2008 geben, die WTO-Mitgliedsregierungen erlaubt, gegen Importe mit marktstörenden Effekten chinesischer Textilexporteure vorzugehen.

Landwirtschaft: China hat zugestimmt, die Subventionen für landwirtschaftliche Produktion auf 8,5% des Agraroutputwertes zu beschränken.

2) DIENSTLEISTUNGEN

Telekommunikation: Mit dem Beitritt können ausländische Anbieter von Telekom-Dienstleistungen ohne mengenmäßige Einschränkungen Joint Ventures gründen und in ausgewählten Städten Dienste anbieten. Allerdings darf die Beteiligung 25% nicht übersteigen. Ein Jahr nach dem Beitritt können die Geschäftsfelder auf andere Städte und ausländische Investitionen ausgeweitet werden, wobei die Beteiligungsanteile 35% erreichen dürfen. Innerhalb von drei Jahren nach dem Beitritt kann dann die Beteiligung an Joint Ventures 49% betragen. Innerhalb von fünf Jahren sollen außerdem die geographischen Beschränkungen aufgehoben werden.

Bankensektor: Mit dem WTO-Beitritt ist es ausländischen Finanzinstituten erlaubt, in China ohne Kundenbeschränkungen Devisengeschäfte durchzuführen. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Beitritt sind Geschäfte in Inlandswährung mit Unternehmen und innerhalb von fünf Jahren Geschäfte in Inlandswährung mit allen übrigen Bankkunden gestattet.

Versicherungen: Ausländische Versicherungsunternehmen können eine Niederlassung oder ein Joint Venture mit einer 51%igen Beteiligung gründen, außer im Bereich Lebensversicherung. Innerhalb von zwei Jahren nach dem Beitritt können diese Versicherungsunternehmen eine 100%ige Tochter gründen. Mit dem Beitritt ist es ausländischen Lebensversicherungsgesellschaften erlaubt, ein Joint Venture mit einer 50%igen Beteiligung zu gründen. Für die Versicherung von hohen geschäftlichen Risiken können im internationalen Seeverkehr, Luftfahrt und Transport Versicherungs- und Rückversicherungs-Joint-Ventures mit einer Beteiligung von 50% aufgebaut werden. Innerhalb von drei Jahren nach dem Beitritt kann der ausländische Kapitalanteil auf 51% erhöht und innerhalb von fünf Jahren die Gründung von 100%igen Tochterunternehmen genehmigt werden. („WTO successfully concludes negotiations on China's entry“, WTO Press Release, No.243, 17.9.01, http://www.wto.org/english/news_e/news01_e/news01_e.htm)

Die Frage, ob die US-Versicherung American International Group

(AIG) eine Bestandsgarantie für ihre 100%igen Tochterunternehmen in China erhält, ist nicht tatsächlich geklärt worden. Denn obwohl die chinesische Seite der AIG zugestanden hat, dass ihre 100%igen Töchter weiter tätig sein können, hat sie die Regeln im Aufnahmeprotokoll nicht gelockert. Erst nach einer längeren Übergangszeit können danach 100%ige Töchter gegründet werden. Da die EU auf Gleichbehandlung pocht, wird erwartet, dass dieser Fall von der WTO-Schiedsstelle entschieden werden muss.

Die Einigung mit Mexiko erfolgte relativ kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen. In einem Kompromiss hat sich Mexiko bereit erklärt, die Strafzölle auf chinesische Ausfuhren in den kommenden sechs Jahren abzubauen. Die chinesische Seite verzichtete dafür auf die Anfechtung dieser Zölle in den kommenden sechs Jahren. (HB, 17.9.01; AWSJ, 17.8.01)

Ausländische Unternehmen erwarten vom WTO-Beitritt und den damit verbundenen Zollsenkungen und dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse einen verbesserten Zugang zum chinesischen Markt. Es wird mit erheblichen Wohlfahrtsgewinnen für China und für die WTO-Mitgliedsländer durch die Liberalisierung des Handels nach dem WTO-Beitritt gerechnet. An die Aufnahme in die WTO als internationales Regelwerk wird von den meisten Mitgliedsstaaten außerdem die Erwartung an eine größere Berechenbarkeit der chinesischen Außenwirtschaftspolitik geknüpft. Ob allerdings die grundlegenden WTO-Regeln wie Transparenz, Gleichstellung ausländischer mit inländischen Unternehmen sowie Nichtdiskriminierung in dem de facto stark fragmentierten politischen System eingehalten werden können, muss abgewartet werden. Eine realistische Einschätzung hierzu war beim Abschluss der WTO-Aufnahmeverhandlungen von dem WTO-Generaldirektor Mike Moore zu hören. Auf die Frage, ob damit gerechnet werden müsse, dass es zu Differenzen mit China nach dem Beitritt kommen werde, antwortete Moore: „Yes, as there are between all countries. There have always been disputes, even from countries that have been open and traded for hundreds of years.“ (IHT, 18.9.01) -schü-

15 Reaktionen auf WTO-Aufnahme

Die Ereignisse in den USA überschatteten das Datum des Abschlusses der Verhandlungen über Chinas Aufnahme in die WTO, und es fehlt die damit diesem Ereignis gebührende größere Aufmerksamkeit. Dass die US-Delegation die Verhandlungen trotz der Angriffe auf New York and Washington fortgesetzt haben, wurde vom Handelsbeauftragten der amerikanischen Regierung, Robert Zoellick, wie folgt begründet: „Wir haben gezeigt, dass Amerika nicht gelähmt ist. Es ist nun wichtiger als je zuvor, dass die Vereinigten Staaten Führungsaufgaben in der internationalen Wirtschaftspolitik übernehmen, obwohl wir uns auf Sicherheitsfragen konzentrieren.“ (FAZ, 17.9.01)

Die besondere Situation nach den Terrorereignissen hat es möglich gemacht, dass sich die USA und die EU auf einen Kompromiss hinsichtlich der im Protokoll festgehaltenen Öffnung des Versicherungssektors einigten. In seiner Stellungnahme zur WTO-Aufnahme wies Zoellick darauf hin, dass dies Abkommen die globale Wirtschaft und die „international rule of law for trade“ stärken werde. Das US-Agrarministerium geht davon aus, dass sich die amerikanischen Ausfuhren an landwirtschaftlichen Produkten pro Jahr um 2 Mrd. US\$ erhöhen werden. (*The Straits Times*, Interactive, 19.9.01)

Auch die EU begrüßte die Aufnahme Chinas in die WTO. In einer Stellungnahme wies EU-Kommissar Lamy darauf hin, dass nunmehr die WTO tatsächlich eine globale Organisation sei. Dass ein Abschluss des Aufnahmeverfahrens unter so schwierigen politischen Bedingungen (Terrorangriffe auf die USA) erreicht worden sei, stärke das Vertrauen in das System und die Hoffnung in die Zukunft. Lamy betonte nochmals die besonders positive Rolle die Ministerpräsident Zhu Rongji und MOFTEC-Minister Shi Guangsheng in den Verhandlungen gespielt haben. Lamy beschrieb ihr Verhalten als „unwavering commitment to the huge challenge of bringing China into the WTO which they demonstrated to me on numerous occasions.“ („EU welcomes Conclusion of Work in Geneva to ensure

China's Accession to the WTO“, EU Press Release, 17.9.01, <http://www.eurunion.org/news/press/2001/2001065.htm>)

Die Reaktionen der übrigen WTO-Mitgliedsländer auf den Verhandlungsabschluss waren insgesamt sehr positiv. Auf seiner Rede zur Eröffnung der Asien-Pazifik-Wochen in Berlin wies Bundeskanzler Schröder darauf hin, dass mit der Aufnahme in die WTO ein langgehegter Wunsch Chinas, aber auch Deutschlands in Erfüllung gegangen sei. Schröder zufolge werde mit dem Beitritt Chinas der internationale Austausch von Waren und Dienstleistungen zunehmen. (XNA, 18.9.01) Bundeswirtschaftsminister Müller nannte den Beitritt Chinas zur WTO in seiner Rede auf dem Chinesisch-Europäischen Wirtschaftskongress anlässlich der Asien-Pazifik-Wochen einen herausragenden Schritt, der den wirtschaftlichen Transformationsprozess weiter beschleunigen und Chinas Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöhen werde. Müller mahnte jedoch noch weitere Liberalisierungsschritte an, wie beispielsweise einen besseren Zugang für private Unternehmen zum Kapitalmarkt, eine einheitliche Anwendung von Zollbestimmungen sowie mehr Transparenz bei Veränderungen des gesetzlichen Rahmens für die Unternehmen. (NfA, 19.9.01)

In seiner Stellungnahme zum Abschluss der Aufnahmeverhandlungen bedankte sich der chinesische Chefunterhändler und stellvertretende MOFTEC-Minister Long Yongtu bei der US-Delegation. Trotz der besonderen politischen Situation, die durch die terroristischen Angriffe auf New York und Washington entstanden sei, wären die Delegationsmitglieder bis zum Abschluss der Verhandlungen in Genf geblieben und hätten auch wichtige Beiträge leisten können.

Long wiederholte nochmals die Position der chinesischen Regierung zum WTO-Beitritt, wie sie Staatspräsident Jiang Zemin vertritt. Danach ist der WTO-Beitritt eine strategische Entscheidung der chinesischen Regierung unter den Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Globalisierung. Die Entscheidung ist Teil der Reform- und Öffnungspolitik und

stimme mit dem Ziel überein, eine sozialistische Marktwirtschaft aufzubauen. Die positiven Ergebnisse des Reform- und Öffnungsprozesses hätten die Bedingungen und Möglichkeiten für Chinas Beteiligung am multilateralen Handelssystem geschaffen. Andererseits hätten die Anstrengungen, die China für den WTO-Beitritt unternommen habe, den Reform- und Öffnungsprozess in China stark beschleunigt.

Long wies darauf hin, dass die letzten 15 Jahre eine Geschichte der Annäherung Chinas an das Marktwirtschaftssystem und eine schrittweise Übernahme internationaler Regeln gewesen sei, eine Geschichte der graduellen Vertiefung der Beteiligung am Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung. China habe die Zölle mehrere Male gesenkt, den überwiegenden Teil der nichttarifären Handelshemmnisse abgebaut, schrittweise den Dienstleistungssektor geöffnet, die staatliche Import- und Exportplanung aufgegeben, die Exportsubventionen abgebaut, ein marktbasierendes Preissystem eingeführt, das Wechselkurssystem vereinheitlicht, die Teilkonvertibilität im Bereich der Leistungsbilanz für internationale Transaktionen eingeführt, das Steuersystem vereinheitlicht und importierten Produkten „Inlandsbehandlung“ zugestanden. Die bisherigen Reformfortschritte werden Long Yongtu zufolge sicherstellen, dass der Reformprozess in einer stabilen und vorhersehbaren Weise fortgesetzt werde. Das rd. 1.000-seitige Aufnahmeprotokoll sei das Ergebnis der enormen Verhandlungsanstrengungen und werde einen Zeitrahmen für die weitere Öffnung Chinas in den nächsten Jahren sowie die rechtliche Basis für Chinas Verpflichtungen darstellen, die internationalen Regeln einzuhalten.

Die Verhandlungsergebnisse bezeichnete Long als „win-win“ sowie als „all-win“ für China sowie für die Welt insgesamt. Nach Chinas Beitritt werde sich das große Potenzial des chinesischen Marktes schrittweise in tatsächliche Kaufkraft verwandeln und damit einen enormen offenen Markt für alle Länder und Regionen weltweit darstellen. China selbst würde das Marktwirtschaftssystem in Übereinstimmung mit den derzeitigen in-

ternationalen Regeln und Prinzipien der WTO weiter verbessern.

Mit Blick auf den langen Verhandlungsprozess erklärte Long, dass die Komplexität und die Schwierigkeiten dieses Prozesses anfänglich nicht klar gewesen seien. Es sei eine besondere Herausforderung für China sowie das multilaterale Handelssystem gewesen, ein Entwicklungsland zu integrieren, dessen Wirtschaft sich in der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft befinde. Als Mitglied, so Long, werde China zwar neu in der WTO sein, doch die Regeln des multilateralen Handelssystems wären China aufgrund des langen Verhandlungsprozesses bekannt. China werde als neues Mitglied der WTO eine positive und konstruktive Rolle spielen, seine Rechte in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig die Regeln strikt einhalten und zu seinen Verpflichtungen stehen sowie zur Stärkung des multilateralen Handelssystems beitragen. („Meeting of the Working Party on the accession of China. Statement by H.E. Vice Minister Long Yongtu, Head of the Chinese Delegation, at the eighteenth session of the Working Party on China“, WTO News, Genf, 17.9.2001, http://www.wto.org/english/news_e/news01_e/news01_e.htm) -schü-

16 Internationales Wirtschaftstreffen von auslandschinesischen Unternehmern in Nanjing

Im September fand in der Provinzhauptstadt Nanjing das 6. Internationale Wirtschaftstreffen von auslandschinesischen Unternehmern (Sixth World Chinese Entrepreneurs Convention) statt – zum ersten Mal auf dem chinesischen Festland. Da Investitionen auslandschinesischer Unternehmen von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas sind, wurde diesem Treffen von der Zentralregierung ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt. Ministerpräsident Zhu Rongji sowie Staatspräsident Jiang Zemin eröffneten das Wirtschaftstreffen

In seiner Ansprache wies Zhu Rongji zunächst auf die wirtschaftlichen Erfolge der Reformperiode hin, aber auch auf die anstehenden strukturellen Herausforderungen durch die Glo-

balisierung. Zhu ging in seiner Rede ebenfalls auf die Westchina-Entwicklungsstrategie ein und kündigte an, dass durch die Intensivierung von Infrastrukturprojekten in den nächsten 5-10 Jahren mit einem Durchbruch bei der Wirtschaftsentwicklung Westchinas zu rechnen sei. Auch der WTO-Beitritt Chinas sowie die weitergehende außenwirtschaftliche Öffnung wurden von Zhu angesprochen.

Zum Schluss seiner Rede bezog sich Zhu auf den verstorbenen Deng Xiaoping, der bereits auf die besondere Rolle der Auslandschinesen für den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas verwiesen habe. Auslandschinesische Unternehmer, so Zhu Rongji, hätten die Entwicklung Chinas stark unterstützt. Die meisten mit ausländischem Kapital gegründeten Unternehmen seien Unternehmen auslandschinesischer Investoren. Diese hätten in Liebe zu ihrem Ursprungsland viele Schwierigkeiten überwunden und große Beiträge zur Entwicklung geleistet. (XNA, 20.9.01)

Jiang Zemin ging in seiner Rede auf die Entwicklungsaussichten Chinas ein und erstaunte seine Zuhörer mit dem Hinweis, dass es noch 50 Jahre dauern werde, bis China modernisiert und voll in die Weltwirtschaft integriert sei. Ziel sei es, die Modernisierung Chinas bis Mitte des nächsten Jahrhunderts zu erreichen und China in ein reiches, blühendes, starkes, demokratisches, kulturell fortgeschrittenes und sozialistisches Land umzuwandeln. Bisher war vielfach ein Zeitrahmen von rd. 20 Jahren genannt worden. Auch Jiang forderte die auslandschinesischen Unternehmer zur Zusammenarbeit auf, um gemeinsam die nationale Erneuerung zu erreichen. (*The Strait Times*, Interactive, 18.9.01)

Bao Yujun, stellvertretender Vorsitzender der chinesischen Handelskammer (All-China Federation of Industry and Commerce) nannte eine Zahl von rd. 3.300 auslandschinesischen Unternehmern, die aus 77 Ländern kommend beim Wirtschaftstreffen anwesend waren. Bao wies auf die zentrale Rolle dieser Unternehmen hin, auf die der Hauptanteil der ausländischen Direktinvestitionen entfalle.

Auslandschinesische Unternehmer hätten Bao zufolge eine wichtige

Brückenfunktion in der Anfangsphase der Wirtschaftsreform und Öffnung gespielt. Inzwischen würden immer mehr multinationale Unternehmen nach China gehen und eine Konkurrenz zu den auslandschinesischen Unternehmen bilden. (XNA, 20.9.01)-schü-

Binnenwirtschaft

17 „Konjunktorentwicklung durch globale Situation beeinträchtigt“

Ende August d.J. räumte Zeng Peiyan, Leiter der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission ein, dass die größte Herausforderung für China die schwierige globale Wirtschaftssituation sei. Seit Mitte des letzten Jahres sei die US-Wirtschaft langsamer gewachsen, die japanische Wirtschaft kämpfe mit einer Rezession, und auch die EU-Wirtschaft sehe sich rückläufigem Wachstum und Inflation gegenüber. Diese Faktoren hätten die Nachfrage nach chinesischen Exporten gedämpft. Durch die Abwertung in einigen Ländern sei außerdem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt geschwächt worden. Während das Exportwachstum im Januar noch 13,7% betragen habe, konnte im Juni nur noch eine Steigerung der Exporte von 0,6% erreicht werden.

Zeng rechnet damit, dass sich die Auswirkungen schon bald zeigen werden. Durch den Rückgang des Exportwachstums müsse mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und Entlassungen in den Staatsunternehmen gerechnet werden. Auch die Inlandsnachfrage entwickle sich nicht wie erwartet, da die Einkommen der Bauern stagnierten und sich der Anteil der städtischen Bevölkerung mit niedrigen Einkommen ausweitete. Allerdings gab Zeng noch keine Einschätzung ab, in welchem Umfang die für dieses Jahr geplante Wachstumsrate von 7% gefährdet ist.

Um ein hohes Wachstum beizubehalten, forderte Zeng eine Anpassung der ländlichen Wirtschaftsstruktur, um die bäuerlichen Einkommen

zu erhöhen, sowie Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur und eine weitere Expansion der Anlageinvestitionen. Weiterhin sollten Konsumanreize erhöht und Marktverzerrungen reduziert werden. (XNA, 31.8.01; AWSJ, 31.8.01)

Der Internationale Währungsfonds geht von einem Wirtschaftswachstum für das Jahr 2001 aus, das mit 7,5% unter der 8%-Marke des Vorjahres liegen wird. Zwar seien die kurzfristigen Entwicklungsperspektiven Chinas durchaus positiv zu beurteilen, doch dämpfe die weltwirtschaftliche Konjunktur das Wachstum in diesem Jahr. Der Währungsfonds prognostiziert einen Anstieg der Inflation auf rd. 1%, der vor allem auf eine Verteuerung von Dienstleistungen zurückgeführt wird. (XNA, 26.8.01)

Wang Xiaoqing, stellvertretender Direktor des Nationalen Statistikamtes in China geht davon aus, dass die Preise vieler Schlüsselprodukte und -dienstleistungen die Talsohle durchschritten hätten. Die Verbraucherpreise seien 1998 um 0,8% und 1999 um 1,4% gefallen; im Jahre 2000 konnte ein Anstieg der Verbraucherpreise um 0,3% registriert werden. Allerdings sei die Preisentwicklung, die eng an die Entwicklung der Staatsunternehmen gebunden sei, sehr sensibel gegenüber schockartigen Einflüssen. Diese könnten durch einen deutlichen Rückgang der Exporte, extrem gute Ernten bzw. hohe Ernteaufschläge auftreten. Sollten in diesen Bereichen keine größeren Veränderungen auftreten, sei mit einer Teuerungsrate von 1-2% zu rechnen. In den ersten sechs Monaten d.J. war die Inflationsrate (Verbraucherpreise) um 1,1% gestiegen.

Ausländische Analysten sehen die Wachstumschancen Chinas jedoch nach wie vor sehr positiv. Der Chefökonom von Morgan Stanley Dean Witter, Stephen S. Roach, bewertet die chinesische Wirtschaft als unverwundlich, Chinas Wirtschaft ... „never stood taller, both within Asia, as well as in the broader global economy.“ Die globale Rezession habe die Entwicklung Chinas bisher nicht beeinflusst.

Obwohl die Exporte zurückgegangen seien, werde China weniger vom US-amerikanischen Nachfragezyklus von Informationstechnologie beeinflusst, da diese Produkte ledig-

lich 30% der gesamten Ausfuhren Chinas ausmachten. Von Vorteil sei, dass China im Rahmen des Outsourcing eine zunehmend bedeutende Rolle bei der Produktion von Konsumgütern für den japanischen Markt übernommen hat und für viele multinationale Unternehmen zu einem wichtigen Produktionsstandort geworden ist. Auch den strukturellen Wandel beurteilt Roach als positiv, insbesondere den der Staatsunternehmen, des Kapitalmarkts sowie im Bereich der sozialen Absicherung. Darüber hinaus werde mit dem WTO-Beitritt eine Beschleunigung der Transformation einsetzen. (XNA, 31.8.01)

Ausländische Analysten beurteilen die Wirtschaftsentwicklung in China auch im Vergleich zu den asiatischen Nachbarn als positiver. Während China in den ersten sieben Monaten noch ein Exportwachstum von 8,7% aufweisen konnte, seien die Ausfuhren der übrigen Länder in der Region mit Ausnahme Japans zurückgegangen. Singapur, Taiwan und Japan hätten außerdem im 2. Quartal d.J. ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet, die übrigen Länder in der Region einen deutlichen Rückgang des BIP-Wachstums. (FT, 10.9.01) -schü-

18 Wirtschaftsforum zur Entwicklung Westchinas

Anfang September wurde in Xi'an, Hauptstadt der Provinz Shaanxi, ein Wirtschaftsforum zum Thema „Investitionsbedingungen in der Westregion und die Öffnung der Westregion“ abgehalten. Teilnehmer waren Vertreter der Zentralregierung und der verschiedenen Lokalregierungen.

Li Zibin, stellvertretender Direktor des Büros für die Entwicklung der Westregion beim Staatsrat, wies auf die enormen finanziellen Mittel hin, die für die Entwicklung der Westregion nötig werden. Aufgrund der beschränkten staatlichen Mittel müsse Li zufolge auf ausländisches Kapital sowie auf Mittel aus der Gesellschaft (vom Kapitalmarkt?) zurückgegriffen werden. Hierfür sei eine Verbesserung der Investitionsbedingungen erforderlich. Neben der Verbesserung der Infrastruktur müssten auch Fortschritte bei „weichen“ Investitionsbedingungen gemacht werden wie beispielsweise